

# Hohenstein-Ernstthal-er Tageblatt

## Amtsblatt



## Anzeiger

Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenchursdorf, Grumbach, Zitzschkeim, J. Ahschnappel, Wüstenbrand, Grünna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erbsdorf, Pleiße, Ruzdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus.

Fernsprecher Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen

Ar. 263.

Geschäftsjahr  
Schlußjahr Nr. 51.

Mittwoch, den 11. November 1908

Gründungs- und Verlagsgesellschaft  
Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

58. Jahrg.

Die Gemeinde-Einkommensteuer für den IV. Termin 1908 ist zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung spätestens bis zum 20. November 1908 an die Stadtkasseneinnahme zu bezahlen.  
Hohenstein-Ernstthal, am 9. November 1908. Der Stadtrat.

### Das Wichtigste.

Der Kaiser trifft heute 1 Uhr 20 Minuten aus Donaueschingen in Friedrichshafen ein und begibt sich sofort nach der Ballonhalle. Der Aufstieg mit dem Kaiser dürfte um 2 Uhr erfolgen.

\*) Die deutsche Regierung ist nach Kenntnisnahme des französischen Berichts bereit, den gesamten Tat- und Rechtsbestand der Casablanca-Affäre einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

\*) Im Reichstage beginnen heute um 1 Uhr die Verhandlungen über die Interpellationen wegen des Kaiser-Interviews.

\*) Der „Zeppelin I“ ist gestern vom preussischen Kriegsministerium abgenommen worden.

Die Eröffnung des türkischen Parlaments soll am 28. d. M. stattfinden.

\*) Näheres an anderer Stelle.

### Das Diner des Lord-Mayors.

Bei dem Festessen, das alljährlich in London bei der Amtseinführung der neuen Lord-Mayors stattfindet, hat herkömmlicherweise der englische Premierminister eine politische Rede gehalten. Bei dem heutigen Diner des Lord-Mayors, Lord Asquith, folgendes aus:

England hat, seitdem Campbell-Bannermann im letzten Jahre bei dieser Gelegenheit sprach, bange Tage durchgemacht. Einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs folgte die Depression, die durch besondere Umstände verschärft war und von der Panik in den Unionsstaaten ihren Ausgang nahm. Doch ich bin zuversichtlich genug - vorausgesetzt, daß der Frieden der Welt erhalten bleibt - Anzeichen wahr zu nehmen, daß der Niedergang nicht von langer Dauer ist. Die Aufmerksamkeit Europas ist einige Wochen lang durch die Ereignisse im nahen Osten in Anspruch genommen worden. Wir waren Zeugen der Revolution in der Türkei, die zu einer der wunderbarsten in den Annalen der Geschichte gehört. Ich freue mich den türkischen Vorkämpfer hier als Gast zu sehen, und bin gewiss, nicht nur den Gefühlen der Anwesenden, sondern der ganzen Nation Ausdruck zu geben, wenn ich ihm versichere, daß wir uns eins mit ihm und seinen Landsleuten fühlen in der Frage der Freiheit und der Gewährung der konstitutionellen Regierung im ottomanischen Reich. Wir beanspruchen als älteste konstitutionelle Regierung der Welt das Privilegium, die Geburt freier Institution in der Türkei willkommen zu heißen. Was Bulgarien, Bosnien und die Herzegowina betrifft, so hat die Regierung unabweislich und klar an dem auf der Konferenz von 1871 abgeschlossenen Übereinkommen der Mächte festgehalten. Internationale Verträge können nicht von einer ohne Zustimmung der anderen Vertragsparteien abgeändert werden. Wir halten daran fest, daß dieser Grundsatz auf eine Aenderung des Berliner Vertrages anzuwenden ist. Um diesen Vertragsänderungen Rechtskraft zu verleihen, müssen sie die Zustimmung der Mächte, einschließend die Türkei erlangen. Von diesem überaus wichtigen Grundsatz ausgehend, wünschen wir alles zu tun, was wir können, um das allgemeine Einverständnis zu fördern. Die britische Regierung hat keine vorgeschlagene Meinung oder keine Vorliebe für irgendeine besondere Methode, durch die die Regelung herbeigeführt werden könnte. Niemals gab es den Schattenschein einer Begründung für den Gedanken, daß wir uns direkten Verhandlungen zwischen der Türkei und Oesterreich-Ungarn, sowie zwischen der Türkei und Bulgarien widersetzen, aber das Übereinkommen muß von den anderen Mächten gegengezeichnet werden und da die Türkei die am meisten benachteiligte Macht

ist, so müssen diejenigen, die sie benachteiligt haben, Mittel finden, eine Regelung zu treffen, die mit ihrer Ehre und ihren Interessen vereinbar ist. Die Türkei muß prüfen und dann Vorschläge machen. Wenn Oesterreich-Ungarn oder Bulgarien zu ähnlichen Regelungen kommen, würde der Weg für die allgemeine Regelung glatter sein. Die Wogen gehen hoch auf dem Balkan. Wir tun, was wir können, um sie zu besänftigen. Ich freue mich, zu sagen, daß es eine große Genugtuung für uns ist, daß die Verhandlungen mit dem russischen Minister des Aeußeren gezeigt haben, daß Rußland und Großbritannien sich in der Frage des nahen Ostens demselben Standpunkte genähert haben. Eines der glücklichsten Ergebnisse des Abkommens mit Rußland ist, daß wir imstande gewesen sind, die plötzliche Krise frei und sympathisch zu besprechen. Seit dem Abschluß der englisch-russischen Konvention herrschen in Persien nahe der russischen Grenzen Unruhen. Die Regierung erkennt an, daß Rußland unter äußerst schwierigen Umständen die Zurückhaltung und Mäßigung bewies. Wir befinden uns in vollkommener Sympathie mit Frankreich, sind aber gleich offen mit Deutschland und Italien, den Verbündeten Oesterreich-Ungarns gewesen. Wir haben eine gänzlich uninteressierte Haltung eingenommen. Wir fordern nichts für uns selbst, wünschen nur das öffentliche Recht in Europa aufrecht zu erhalten und für die Türkei eine solche Regelung, die eine Störung des Friedens in Europa verhindert und einer guten Regierung den Weg zur Freiheit öffnet.

Bezüglich der Beziehungen Großbritanniens zu Deutschland sagte Asquith: Es ist fast genau ein Jahr her, seit Kaiser Wilhelm hier unser Gast war. Ich kann die nachdrückliche Erklärung des Kaisers nicht vergessen, daß das leitende Ziel seiner Politik die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und der guten Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland sei. In diesem Geiste wünschen wir mit den anderen Mächten zu verhandeln. Mit Deutschland überlief nicht minder als mit den übrigen. Dieser Geist leitete uns bei allen Verhandlungen bezüglich der gegenwärtigen Schwierigkeiten in der europäischen Politik. Wenn, wie wir glauben, andere Mächte dieselbe Absicht haben, dann werden die Völker wohl für den Augenblick den Himmel verdunkeln, sei es auf dem Balkan oder anderswo, endlich aber wird doch der Frieden gesichert und die Atmosphäre von den Dünsten des Argwohn und des Mißtrauens gereinigt sein und die bestehenden Freundschaften werden nicht beeinträchtigt werden. Man sollte nicht von einer Forderung oder von feindseligen Gruppierungen unter den Mächten sprechen, die die gleichen Verwalter der Zivilisation und obersten Beschützer des Friedens der Welt sind. Nichts veranlaßt uns zu schwanken, oder unsere Verpflichtungen nicht ordentlich zu erfüllen, oder auch nur für den Augenblick unsere Freundschaften untreu zu sein. Das ist die unabänderliche Meinung des ganzen Landes. Wir hegen weder Antipathien, die wir befriedigen, noch selbstsüchtige Interessen, die wir fördern. Wir würden nicht widerstreben die Hand zu ergreifen, die uns in guter Absicht und in Treue entgegengetreten werden würde. Unsere Flotte ist jeder Verantwortung gewachsen, vor die sie gestellt werden könnte. Jede auswärtige Macht weiß, daß, wenn wir unsere Überlegenheit zur See unbestreitbar aufrecht zu erhalten wünschen, wie wir es tun, dies nicht zu erlangen Angriffen oder Abenteuerern geschieht, sondern um für unser Reich eine elementare Pflicht zu erfüllen, nämlich unsern Handel und unsere Industrie außerhalb des Bereiches der Gefahr eines erfolgreichen Angriffs von außen zu sehen. Das Land mag versichert sein, daß nichts ungeschehen bleibt, unsere Flotte voll auf der Höhe unserer nationalen Notwendigkeit zu erhalten. Regierungen kommen und gehen, Majoritäten entstehen und vergehen, aber eine Ueberzeugung wird das britische Volk einmütig festhalten: das ist unsere unbestreitbare und unbedingte Vorherrschafft zur See.

### „Revirement“.

Wenn die diplomatischen Vertreter des Reiches nach Art des Kinderspiels „von Baum zu Baum“ von Westen nach Osten und von Norden nach Süden geschickt werden, wenn der eine seinen Posten in Mexiko mit dem neuen in Belgrad vertauscht und der Gesandte in Paragwah nach dem Haag abkommandiert wird, so nennt man das im diplomatischen Jargon: Revirement. Nechter Land, linker Hand, alles vertauscht. So ist es auch jetzt, da die „Norddeutsche“ folgende neue Ernennungen ankündigt: Wie wir hören, sind in der Besetzung der Posten der diplomatischen Missionen einige Veränderungen eingetreten. Zum Nachfolger des in der Ruhestand versetzten Wirklichen Geheimen Rates v. Radowicz auf den Votschafterposten in Madrid ist der bisherige Gesandte in Lissabon, Wirkl. Geheimrat Graf v. Tattenbach, ernannt, der in Lissabon durch den derzeitigen Gesandten in Belgrad, Wirkl. Geheimen Rat Prinzen Max von Ratibor und Corbey, ersetzt worden. Den Gesandtenposten in Belgrad hat der bisherige Gesandte in Rio de Janeiro, v. Reichenau, denjenigen in Rio der bisherige Gesandte in Athen, Wirkl. Geheimrat Graf v. Arco-Valley, erhalten, während nach Athen der zuletzt vertretungsweise in Tanger tätig gewesene derzeitige Gesandte in Mexiko, Hr. v. Wangenheim, berufen und der Posten in Mexiko dem derzeitigen Generalkonsul in New-York, Geheimen Legationsrat v. Büns verbleiben wurde. Auf den durch Tod des Hrn. Speck v. Sternburg freigewordenen Votschafterposten in Washington geht der bisherige diplomatische Agent und Generalkonsul in Kairo, Gesandter Graf v. Bernstorff, als dessen Nachfolger der derzeitige Votschafter in Washington, Graf von Hatzfeld-Wildenburg, in Aussicht genommen ist.

Ueberraschend sind die meisten Ernennungen nicht. Nur daß Graf Arco-Valley, der sich vom Beginn des japanischen Krieges einen so außerordentlichen Ruf auf diplomatischem Gebiet errang, dadurch, daß er von den Kriegsrüstungen in Japan rein gar nichts gemeldet hatte, jetzt aus seinem Exil in Athen entlassen wird, ist neu. Das bemerkenswertere aber ist die Ernennung des Grafen Bernstorff zum deutschen Votschafter in Washington. Eine Zeitlang galt Graf Götz, der ehemalige Gouverneur von Ostafrika als wahrscheinlicher Nachfolger des Freiherrn Speck von Sternburg. Und dann wurden Tag für Tag neue Männer genannt. Aber sie alle haben das Ziel nicht erreicht, eben weil sie zu früh als Kandidaten in der Öffentlichkeit präsentiert wurden.

Graf Johann Heinrich von Bernstorff ist am 14. November 1862 als Sohn des deutschen Votschafters Grafen Albrecht v. Bernstorff und seiner Gattin, der Freiin Anna von Könniger, in London geboren worden. Er ist ebenso wie sein Vorgänger in Washington, mit einer Amerikanerin, mit Jeanne Ludemeyer aus New York, verheiratet, also wieder eine Abwechslung von dem bekannten Bismarckischen Prinzip! Im Jahre 1889 begann Graf Bernstorff seine diplomatische Laufbahn als Attaché der deutschen Votschaft in Konstantinopel, wurde 1890 ins Auswärtige Amt berufen und wurde 1892 Legationssekretär in Belgrad. Seine fernere Karriere führte in rascher Folge über Dresden, St. Petersburg, München 1902 nach London, wo er Votschaftsrat wurde, bis er dann 1906 zum österreichischen Generalkonsul für Meghopen avancierte.

### Zur Casablanca-Affaire.

Seute nimmt endlich die Regierung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ das Wort zu folgender Aufklärung: Durch den Staatssekretär v. Schoen war Ende Oktober dem französischen Votschafter, Herrn Cambon, eine aftenmäßige Darstellung der Vorgänge bei der Festnahme der Deserteure in Casablanca übergeben und dabei die Bitte ausgesprochen worden, daß der deutschen Regierung auch eine französische Darstellung der Angelegenheit übermittelt werden möge. Am Sonnabend ist nunmehr dem Auswärtigen Amt das französische Material in Gestalt eines Berichts des Polizeikommissars Dorde in Casablanca zugegangen. Aus diesem Bericht ergeben sich hinsichtlich der Vorgänge bei dem Zwischenfall eine Reihe wesentlicher Abweichungen in der französischen Darstellung. Die französischen Zeu-

genausagen gehen dahin, daß mit den Tätschkeiten von dem Konsulatssekretär und von dem Konsulatssekretär begonnen worden sei; weiter wird angegeben, daß der Beamte des deutschen Konsulats die Deserteure gegenüber den französischen Marinesoldaten als seine Landsleute bezeichnet und ihren Charakter als Deserteure ausdrücklich verneint habe. Auch würde es nach dem französischen Bericht zweifelhaft sein, ob sich die französischen Soldaten schon im Beginn des Zusammenstoßes klar darüber gewesen sind, daß sie Angestellte des deutschen Konsulats vor sich hatten. Ferner sollen gegen den deutschen Beamten von französischer Seite überhaupt keinerlei Ausschreitungen und Tätlichkeiten stattgefunden haben. — Die beiderseitigen Darstellungen des Zwischenfalles stimmen hiernach so wenig überein, daß der tatsächliche Hergang weiterer Aufklärung bedarf durch erneute Erhebungen, sei es der beiderseitigen Behörden, sei es eines Schiedsgerichts.

Ergänzend meldet hierzu die „Allg. Ztg.“, daß nach der französischen Angabe weder der Generalsekretär Just, noch der Konsulatssekretär durch ihre Kleidung als Angestellte des deutschen Konsulats zu erkennen waren und die französischen Soldaten nicht wußten, als sie sie anhielten, daß sie dem deutschen Konsulat angehörten. Auch soll nach der französischen Darstellung der Konsulatssekretär Just sich nicht sofort als der Streit begangen als Angestellter des Konsulats legitimiert haben, sondern erst als die Schlägerei schon im Gange, bzw. beendet war. Da die französische amtliche Darstellung erst jetzt zur Kenntnis der deutschen Regierung gelangt, konnte sie auch bisher nicht berücksichtigt werden. Aus dem Vergleich der deutschen und französischen Berichte ergeben sich die stärksten Widersprüche, und es ist den Franzosen das Recht zuguzugehen, daß sie bis zum Beweis des Gegenteils die Angaben ihrer Leute für richtig halten, ebenso, wie wir dies bei den unsrigen tun. Nach der bisherigen, hiesigen Auffassung war man wohl auf widersprechende Rechtsanschauungen gefaßt, nicht aber, oder doch nicht in solchem Grade, auf völlig abweichende Berichte über die Tatsache. Sobald auch diese in so hohem Maße strittig wird, ist auch über sie eine Einigung durch weitere deutsch-französische Unternehmungen kaum zu erwarten. So wird auch die deutsche Regierung den bisher eingenommenen Standpunkt nicht weiter verfolgen können, und es ist anzunehmen, daß sie bei dieser geänderten Lage kein Bedenken tragen wird, den ganzen Handel nicht nur in Bezug auf ihr Recht, sondern auch in Bezug auf die Tatfrage einem Schiedsgericht zu überweisen.

Ein uns heute (Dienstag) Nachm. 3,15 Uhr aus Berlin zugegangenes Telegramm meldet uns die erfreuliche Tatsache, daß die Casablanca-Frage, welche sich vor einigen Tagen so zugepligt hatte, daß nebst der Kriegsgefahr schon, friedlich beigelegt worden ist. Das Telegramm besagt:

Der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen, v. Ribben-Loose, und der französische Votschafter Cambon haben heute im Auswärtigen Amt folgendes Übereinkommen unterzeichnet:

Die deutsche und die französische Regierung bedauern die Ereignisse, die sich in Casablanca am 28. September d. J. zugegetragen und untergeordnete Organe zur Anwendung von Gewalt und zu ärgerlichen Tätlichkeiten veranlaßt haben. Sie beschließen, die Gesamtheit der entstandenen Fragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Im beiderseitigen Einvernehmen verpflichtet sich jede der beiden Regierungen, ihr Bedauern über die Handlungsweise dieser Organe in Gemäßheit des Spruches auszusprechen, den die Schiedsrichter über den Tatbestand und die Rechtsfragen abgeben werden.

### Aus dem Reiche.

Zur Vorgeschichte der inneren Krise  
Will die „Wiener Allg. Ztg.“ von bestinformierter Seite folgende authentische Mitteilung erhalten haben: Als Fürst Bülow das Interview im „Daily Telegraph“ gelesen hatte, sandte er sofort an den Kaiser einen Brief, der ungefähr folgendermaßen lautete: Ew. Majestät haben selbstergebe gerührt, mir die Aufgabe zu machen, daß keinerlei Äußerungen Ew. Majestät ohne meine